



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Streiflicht

Gesamthochschule Paderborn

Paderborn, 1975,1-4; damit Ersch. eingest.

Strukturprobleme

urn:nbn:de:hbz:466:1-8520

3. EVANGELISCHES STUDIENWERK
e.V. Villigst
5845 Villigst
Haus Villigst
4. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
53 Bonn-Bad Godesberg 1
Kölner Str. 149
5. FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG
53 Bonn-Bad Godesberg 1
Schillerstr. 9
6. FULBRIGTH-KOMMISSION
53 Bonn-Bad Godesberg
Theaterplatz 1 a, Postf. 208
7. KONRAD ADENAUER-STIFTUNG e.V.
53 Bonn
Poppelsdorfer Allee 82
8. STIFTUNG MITBESTIMMUNG
4 Düsseldorf 30
Hans-Böckler-Str. 30
9. STIFTUNG VOLKSWAGENWERK
3 Hannover 26
Postfach 260 540
10. STUDIENSTIFTUNG DES DEUTSCHEN
VOLKES
53 Bonn-Bad Godesberg 1
Koblenzer Str. 77
11. ZENTRALE KOMMISSION FÜR
GRADUIERTENFÖRDERUNG
1 Berlin 33
Habelschwerdter Allee 37

STRUKTURPROBLEME IN DEN INTE-
GRIERTEN STUDIENGÄNGEN ELEKTRO-
TECHNIK UND MASCHINENBAU

Im Studienjahr 1975/76 keine
integrierten Studiengänge mehr
in den Abteilungen Meschede und
Soest

Auf der Sitzung des Gründungsrek-
torats am 12. Mai 1975 teilte der
Minister für Wissenschaft und For-

schung - vertreten durch den zustän-
digen Referenten-mit, die Abteilungen
Meschede und Soest der Gesamthochschu-
le Paderborn dürften im Studienjahr
1975/76 in den Fachbereichen Elektro-
technik und Maschinenbau keine inte-
grierten Studiengänge, sondern nur
mehr Fachhochschulstudiengänge an-
bieten: Da sich das Lehrangebot in
den betroffenen Fachbereichen nach
Einführung der integrierten Studien-
gänge im Studienjahr 1974/75 kaum ge-
ändert habe, solle man zunächst in
Paderborn eine Konsolidierung der in-
tegrierten Studiengänge Elektrotech-
nik und Maschinenbau versuchen. Später
dann sei erneut die Einbeziehung der
Abteilungen anzustreben. Die Frage der
Existenz der Abteilungen sei jedoch
davon unberührt. Die Entscheidung sei
jetzt notwendig gewesen, da die Zu-
weisung der Höchstzahlen für das WS
1975/76 bevorstünde und die ZVS-Info
auszudrucken sei. Unabhängig davon
sei aber die GHP jetzt aufgefordert,
diese Strukturprobleme zu beraten.

Dazu nahm der Gründungssenat der GHP
auf seiner 69. Sitzung am 28. Mai wie
folgt Stellung:

1. Zum Verfahren

Der Senat betrachtet das Vorgehen des
MWF als Verstoß gegen § 13 (2) 1. der
VGrundO. Er protestiert schärfstens
dagegen, daß der Minister eine für die
GHP essentielle Strukturentscheidung
getroffen hat, ohne die Hochschule
vorher über seine Absichten zu infor-
mieren und ihr eine Mitberatung oder

Stellungnahme zu ermöglichen. Der Senat kann der Aussage des Ministers (Besprechung am 12.5.75) nicht folgen, es sei wegen der ZVS-Termine eine Eilentscheidung erforderlich gewesen. Diese Termine sind vielmehr gerade dem Minister seit langem bekannt; eine vorherige Einbeziehung der Hochschule in die Beratungen wäre durchaus möglich gewesen. Noch weniger kann der Senat der Bekundung des Ministers folgen, er habe zwar für das Studienjahr 1975/76 im Termindruck entscheiden müssen, sei aber "offen" für eine grundsätzliche Beratung und Stellungnahme der Hochschule: bei ausreichender Argumentation könne eine Revision der Eilentscheidung, d.h. nunmehr die Wiedereinführung der integrierten Studiengänge im Winter 1976/77 ins Auge gefaßt werden. Wie auch immer der Minister seine Verfahrensweise selbst versteht: Entweder nimmt die Hochschule die "Offenheit" ernst; dann muß sie sich zu einer Art Hüh- und Hott-Institution degradiert fühlen, oder die nachträgliche Revisionsmöglichkeit ist so ernst nicht gemeint und hat lediglich Alibifunktion: Die Würfel für die nächsten Jahre sind längst gefallen.

2. Schaden für die GH Paderborn

Die Grundkonzeption des Gründungs-

senats war und ist es, die GH Paderborn gerade auch und soweit wie möglich unter der Maßgabe des Regionalprinzips als integrierte Gesamthochschule zu realisieren. Bis an die Schwelle der Gegenwart hatte sie dabei die volle Unterstützung des Ministers. Die tatsächliche Einbeziehung der Abtlg. Meschede und Soest in diese Grundkonzeption seit 1 1/2 Semestern war und ist für die GHP ein entscheidender Schritt vorwärts. Mit allem Nachdruck vertritt der Gründungssenat deshalb die Auffassung, daß die besonderen Bedingungen und vorhergesehenen partiellen Probleme des Auf- und Ausbaus integrierter Studiengänge an den Abteilungen durchaus in Kauf genommen werden können, während demgegenüber die erneute Desintegration der Abteilungen Meschede und Soest das Konzept und den Entwicklungsprozeß der regional-akzentuierten integrierten GHP von zerstörerischer Wirkung sein wird.

3. Zu den Vorhaltungen des Ministers

Die Maßnahme des MWF erscheinen um so mehr unverständlich und ungerechtfertigt, als die in der Besprechung vom 12.5.1975 vorgebrachten Vorhaltungen gegenüber

Abteilungen Meschede und Soest, (vgl. Protokoll der diesbez. Sitzung) nicht stichhaltig sind. Dies geht nach Auffassung des Senats eindeutig aus den Verlautbarungen und Dokumentationen der Fachbereiche 11,12, 15 und 16 hervor, die dieser Stellungnahme als Anhang beige-fügt sind.

4. Appell an den Minister

Der Gründungssenat sieht keine überzeugenden Gründe, von seiner Entscheidung, in den Fachbereichen 10 bis 12 und 14 bis 16 gemeinsame integrierte Studiengänge für die Maschinenteknik und Elektrotechnik durchzuführen, abzurücken. Er appelliert mit allem Nachdruck an den Minister, umgehend die unter Umgehung der Hochschule für das WS 75/76 (ZVS) getroffene Entscheidung rückgängig zu machen. Nur so kann nicht wieder gutzumachender Schaden von der Hochschule abgewendet werden. Nur dann sieht der Gründungssenat noch die Möglichkeit, sein Konzept einer regional akzentuierten integrierten Gesamthochschule glaubwürdig zu vertreten.

SELBSTDARSTELLUNG DER SOZIALISTISCHEN LISTE

Da die Sozialistische Liste mit 3 Mitgliedern die drittgrößte Fraktion des Studentenparlamentes der Gesamthochschule Paderborn bildet, veröffentlichen wir als 3. Beitrag unserer Reihe "Die studentischen Hochschulgruppen stellen sich vor" ihre Selbstdarstellung:

"Die Sozialistische Liste (SL) ist ein Wahlbündnis, das der Kommunistische Studentenbund Paderborn (KSB) auf der Grundlage eines Programms zu den letzten Studentenparlamentswahlen mit anderen Studenten eingegangen ist. Dieses Programm wurde in einer Sondernummer der Kommunistischen Studentenzeitung (KSZ) veröffentlicht. Es legt dar, daß sich die bürgerliche Gesellschaft in Westdeutschland seit einigen Jahren in einer Krise befindet. Diese Krise äußert sich in hohen Arbeitslosenzahlen und hohen Kurzarbeiterzahlen, in ständigen Preissteigerungen und Reallohnabbau. Gegen diese kapitalistischen Verhältnisse, die soziales Elend für viele Menschen bedeuten, muß sich das Volk zusammenschließen, um diese Verhältnisse zu beseitigen. Diese Verhältnisse können nur beseitigt